

HEUER, JAN

DIE ÜBERSCHULDUNG PRIVATER HAUSHALTE UND DAS VERBRAUCHERINSOLVENZVERFAHREN: SOZIALPOLITIK MIT PRIVATRECHTLICHEN MITTELN

Jan Heuer, Universität Bremen, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), joheuer@gsss.uni-bremen.de

SEKTION SOZIALPOLITIK: NEUE RISIKEN – ALTE SICHERHEITEN II

Die Überschuldung von Privathaushalten ist ein neues soziales Risiko, das sich in der gesamten OECD-Staatenwelt zu einem „Massenphänomen“ entwickelt hat und die Staaten Europas zur Einführung eines neuartigen Regulierungsinstruments in Form der sogenannten Verbraucherinsolvenzverfahren veranlasst hat. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich zum einen mit der privaten Überschuldung und zeigt, dass Überschuldung keineswegs (nur) die traditionelle Klientel des Wohlfahrtsstaates betrifft, sondern insbesondere in den Mittelschichten verbreitet ist, da hier die Erosion von Normalitätskonstruktionen (Normalarbeitsverhältnis, Normalbiographie) mit einem hohen Kreditpotential einhergeht. Zum anderen werden die gesetzlichen Entschuldungsverfahren in international vergleichender Perspektive thematisiert. Dabei wird argumentiert, dass zwischen den europäischen und den angelsächsischen Ländern deutliche Unterschiede hinsichtlich der normativen Orientierung der Insolvenzverfahren sowie der konkreten Verfahrensgestaltung bestehen, die es erlauben, von einem „europäischen Modell der Verbraucherinsolvenz“ zu sprechen: Während die angelsächsischen Verbraucherinsolvenzverfahren auf eine schnelle, unbürokratische und unkonditionale ökonomische Re-Integration des Schuldners zielen, sehen die europäischen Verfahren umfangreiche vorgerichtliche Vergleichsverhandlungen und langjährige Rückzahlungsperioden („Wohlverhaltensperiode“) als Bedingung für eine Restschuldbefreiung vor. Die spezifische Gestalt der europäischen Verfahren hat dazu geführt, dass die Verbraucherinsolvenz als aktivierende Sozialpolitik mit Mitteln des Privatrechts interpretiert worden ist, sofern die „Wohlverhaltensperioden“ entsprechend ausgestaltet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfte es jedoch einer adäquaten sozialen Infrastruktur, die Schuldner im Vorfeld und während des Verfahrens unterstützt – gerade hier zeigen empirische Studien jedoch einen Wandel in die Gegenrichtung.